



November 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Schweinegrippe: Mehrheit weiterhin impfmüde	5
Entwicklung der Konjunktur: Optimismus überwiegt.....	6
Mehrheit traut Schwarz-Gelb das Überwinden der Wirtschaftskrise zu.....	7
Zustimmung für bildungs- und familienpolitische Vorhaben, Ablehnung längerer AKW-Laufzeiten und kürzerer Wehrpflicht.....	8
Koalitionsvertrag: Bürger sehen deutliche FDP-Handschrift	9
Ausrichtung der Wirtschaftspolitik spaltet die Bevölkerung	10
Fast durchweg Zustimmung zum neuen Bundeskabinett.....	11
20 Jahre Mauerfall: Mehrheit der Ostdeutschen sieht sich als Gewinner der Einheit	13
20 Jahre Mauerfall: Nur jeder zweite Ostdeutsche sieht DDR als „Unrechtsstaat“	16
Sonntagsfrage: Union mit leichtem Plus, SPD mit leichtem Minus.....	17

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND November 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.750 Befragte	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. November 2009 Sonntagsfrage: 02. bis 04. November 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, November 2009
67.10.105457

Analyse

Zusammenfassung

Trotz steigender Ansteckungszahlen durch die Schweinegrippe ist die Bereitschaft der Bevölkerung für eine Impfung recht begrenzt: Lediglich 14 Prozent erklären, sie werden sich auf jeden Fall der Prozedur unterziehen und weitere 20 Prozent wollen das wahrscheinlich – kaum mehr als Mitte Oktober.

Dass die deutsche Wirtschaft bereits auf Erholungskurs ist, glauben 44 Prozent: Sie erwarten, dass die wirtschaftliche Lage des Landes in einem Jahr besser sein wird. Auch wenn zwei Drittel (65 Prozent) bisher nicht von der Wirtschaftskrise betroffen sind, macht sich weiterhin eine Mehrheit Sorgen, dass die der Zenit der Krise noch nicht erreicht ist (56 Prozent) und befürchtet Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Situation (55 Prozent). Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik spaltet die Bevölkerung: 50 Prozent plädieren für einen Sparkurs, 45 Prozent für die Senkung von Steuern und Abgaben. Das Vertrauen in die neue Bundesregierung bei der Bewältigung der Krise ist hoch (58 Prozent).

Eine Reihe der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP beschriebenen Vorhaben finden bei einem Großteil der Bürger positive Resonanz. Die gilt vor allem für die Steigerung der Bildungsausgaben (90 Prozent), die Erhöhung von Kindergeld- und Freibetrag (77 Prozent) sowie das größere Schonvermögen für Hartz IV-Empfänger (75 Prozent). Auch einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Krankenkassen (55 Prozent) sowie eine Einkommensteuerreform mit einer Entlastung von 24 Milliarden Euro (54 Prozent) hält eine Mehrheit für den richtigen Weg. Die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke (52 Prozent) sowie die Verkürzung der Wehrpflicht (59 Prozent) halten die Bürger jedoch mehrheitlich für falsch. 39 Prozent der Wahlberechtigten sind der Meinung, dass sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen am meisten durchgesetzt hat, beachtliche 37 Prozent schreiben dies der FDP zu, nur 4 Prozent der CSU. Die Besetzung der Ministerposten wird insgesamt recht positiv bewertet. Die größte Zustimmung erhält Familienministerin Ursula von der Leyen, die 76 Prozent für eine gute Besetzung halten. Als einzigem Kabinettsmitglied überwiegt bei Außenminister Guido Westerwelle leicht die Skepsis: 42 halten ihn für eine gute, 44 Prozent für eine schlechte Besetzung als Chefdiplomaten der Bundesrepublik.

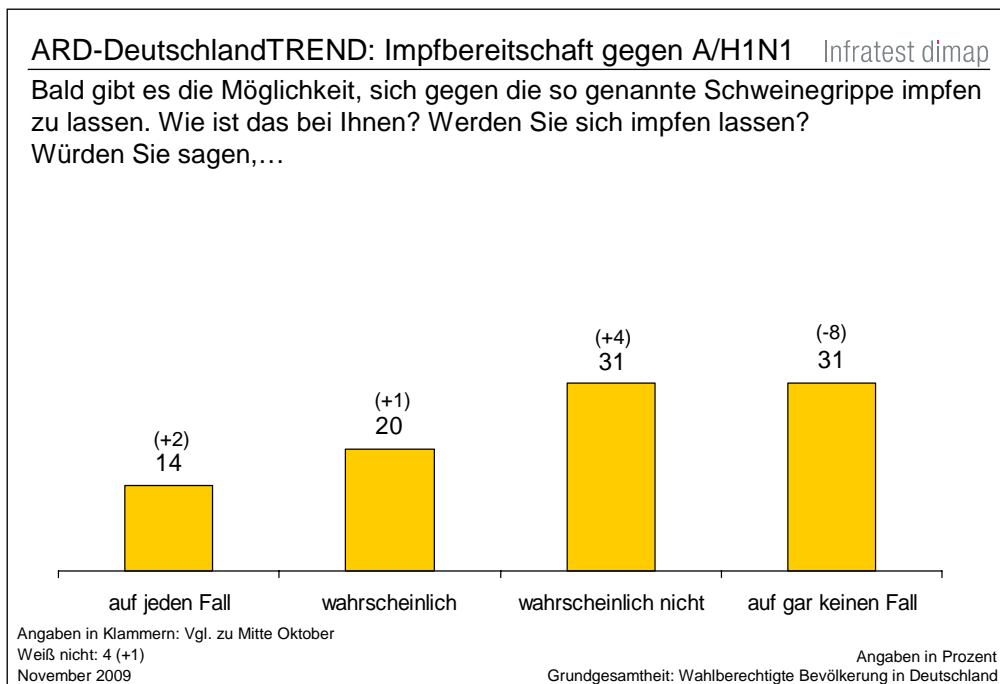
20 Jahre nach dem Mauerfall sieht sich eine Mehrheit der Ostdeutschen (56 Prozent) als Gewinner der Einheit. Auch wenn aus Sicht der Bürger in den neuen Ländern die Vorteile bei der Entwicklung seit der Wende überwiegen (58 Prozent), kritisieren sie, dass die Gesellschaft insgesamt ungerechter geworden ist (64 Prozent). Nur jeder zweite Ostdeutsche sieht die DDR rückblickend als Unrechtsstaat (51 Prozent).

Eine Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt würde folgendes Ergebnis bringen: Die Union könnte aktuell mit 35 Prozent rechnen, ein Plus von 1 Punkt im Vergleich zum Oktober-DeutschlandTREND. Die SPD käme auf 22 Prozent (-1) der Stimmen. Die FDP würde 14 Prozent (+/-0), die Linke (-1) und die Grünen (+1) jeweils 12 Prozent erzielen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom November, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 02. bis 04. November 1.000, für die Sonntagsfrage 1.750 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

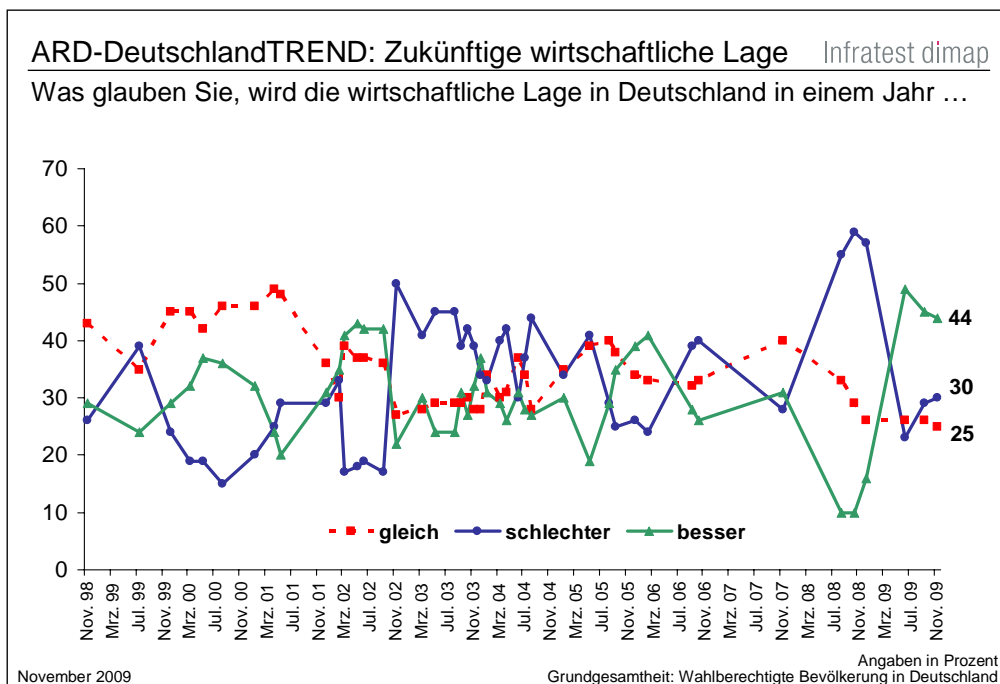
Schweinegrippe: Mehrheit weiterhin impfmüde

Manche Experten warnen davor, dass eine neue Welle von Erkrankungen an der sogenannten Schweinegrippe auf Deutschland zurollt und empfehlen dringend die Impfung gegen die Krankheit. Seit kurzem ist der entsprechende Impfstoff auch auf dem Markt verfügbar. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich gegen die Schweinegrippe impfen zu lassen, ist indes recht begrenzt. Lediglich 14 Prozent erklären, sie werden sich auf jeden Fall der Prozedur unterziehen und weitere 20 Prozent wollen das wahrscheinlich tun – insgesamt also nur ein Drittel der rund 62 Millionen Deutschen über 18 Jahren. Ein knappes Drittel (31 Prozent) will hingegen auf eine Impfung eher verzichten. Ebenso viele geben an, sich auf gar keinen Fall an der geplanten Massenimpfung zu beteiligen (31 Prozent). Die Bereitschaft, sich einer Impfung gegen die Schweinegrippe zu unterziehen, hat sich trotz der breiten Medienberichterstattung seit Mitte Oktober kaum größer geworden.



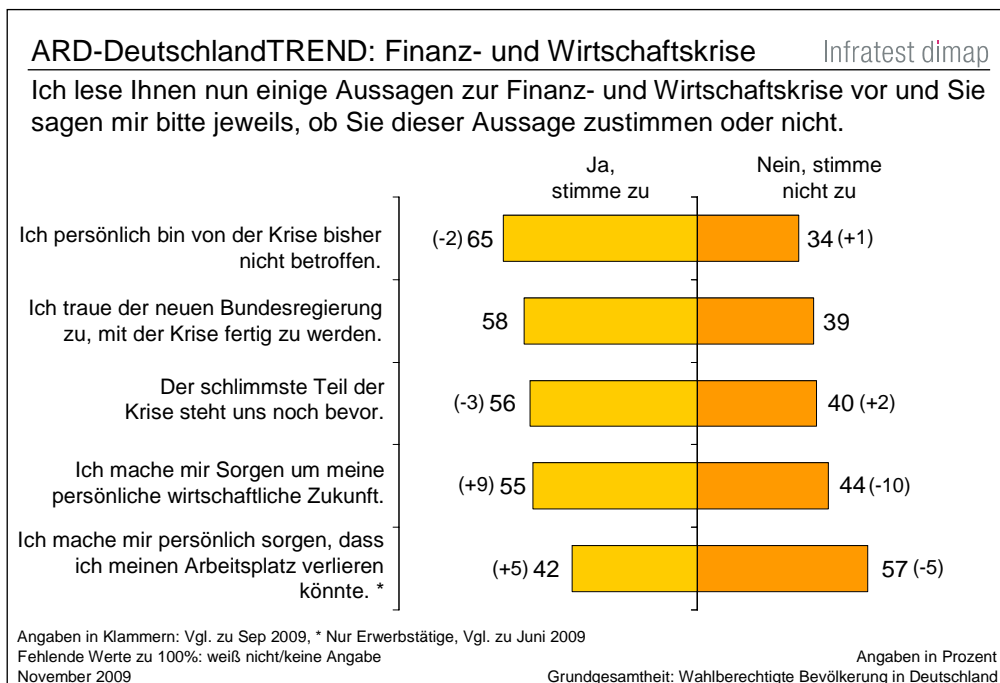
Entwicklung der Konjunktur: Optimismus überwiegt

Die ersten Anzeichen, dass der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise erreicht ist, häufen sich: Das Rezession fällt in diesem Jahr nicht ganz so negativ aus wie befürchtet und für 2010 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 1,2 Prozent. Dass die deutsche Wirtschaft bereits auf Erholungskurs ist, glauben 44 Prozent. Sie erwarten, dass die wirtschaftliche Lage in einem Jahr wesentlich bzw. etwas besser sein wird als heute. Ein Viertel (25 Prozent) geht von keiner substanziellen Änderung aus, während jeder Dritte (30 Prozent) eine weitere Verschlechterung befürchtet.



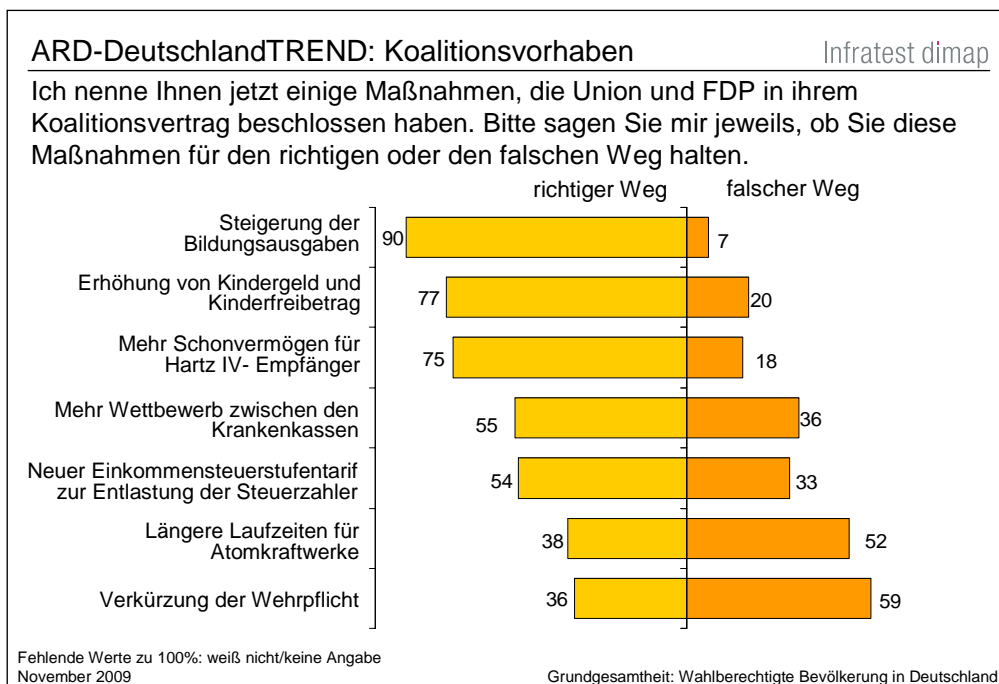
Mehrheit traut Schwarz-Gelb das Überwinden der Wirtschaftskrise zu

Auch der neuen Bundesregierung wird bei der Bekämpfung der Krise ein beachtliches Vertrauen entgegen gebracht: Knapp sechs von zehn Bürgern (58 Prozent) setzen darauf, dass die schwarz-gelbe Koalition das Land gut durch die Krise führen wird. Auch wenn weiterhin zwei Drittel (65 Prozent) nach eigener Aussage bisher nicht von der Krise betroffen sind, macht sich dennoch eine Mehrheit Sorgen, dass der Zenit der Krise noch nicht erreicht ist (56 Prozent) und befürchtet Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Situation (55 Prozent). Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist zuletzt ebenso erkennbar gestiegen (+9) wie die um den eigenen Arbeitsplatz: 42 Prozent der Erwerbstätigen fürchten den Jobverlust (+5 Punkte im Vergleich zum Juni).



Zustimmung für bildungs- und familienpolitische Vorhaben, Ablehnung längerer AKW-Laufzeiten und kürzerer Wehrpflicht

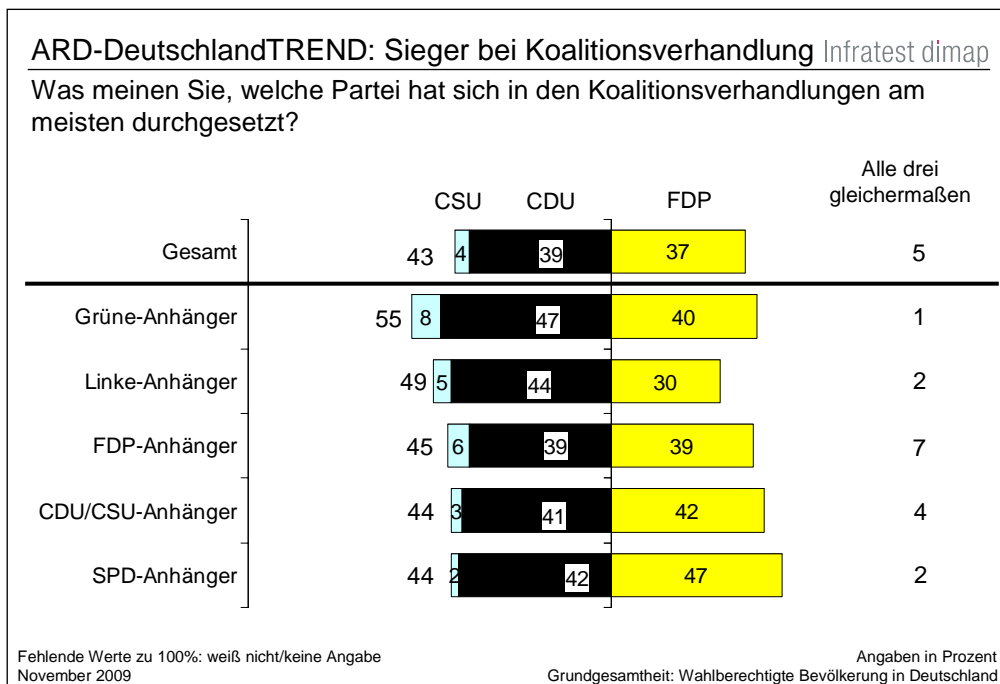
Ende Oktober haben Union und FDP ihren 132seitigen Koalitionsvertrag vorgelegt, der die politischen Vorhaben der neuen Bundesregierung in den nächsten vier Jahren beschreibt. Vor allem Investitionen, die dem Bildungssystem, den Familien und sozial Schwachen zugute kommen sollen, stoßen auf positive Resonanz: Die avisierte Steigerung der Bildungsausgaben um 12 Milliarden Euro halten 90 Prozent für den richtigen Weg. Die Erhöhung von Kindergeld- und Freibetrag (77 Prozent) sowie das größere Schonvermögen von Hartz IV-Empfängern (75 Prozent) wird von drei Vierteln befürwortet. Vorsichtig positiv werden der angekündigte stärkere Wettbewerb zwischen den Krankenkassen (55 Prozent) sowie die geplante Einkommensteuerreform mit einer Entlastung von 24 Milliarden (54 Prozent) bewertet.



Dagegen wird eine Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke von einer knappen Mehrheit der Deutschen abgelehnt (52 Prozent). Noch kritischer ist das Urteil über die in den letzten Tagen eifrig diskutierte Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate, die 59 Prozent der Bürger negativ bewerten. Diese Maßnahme halten auch die Anhänger der Koalitionsparteien mehrheitlich für den falschen Weg.

Koalitionsvertrag: Bürger sehen deutliche FDP-Handschrift

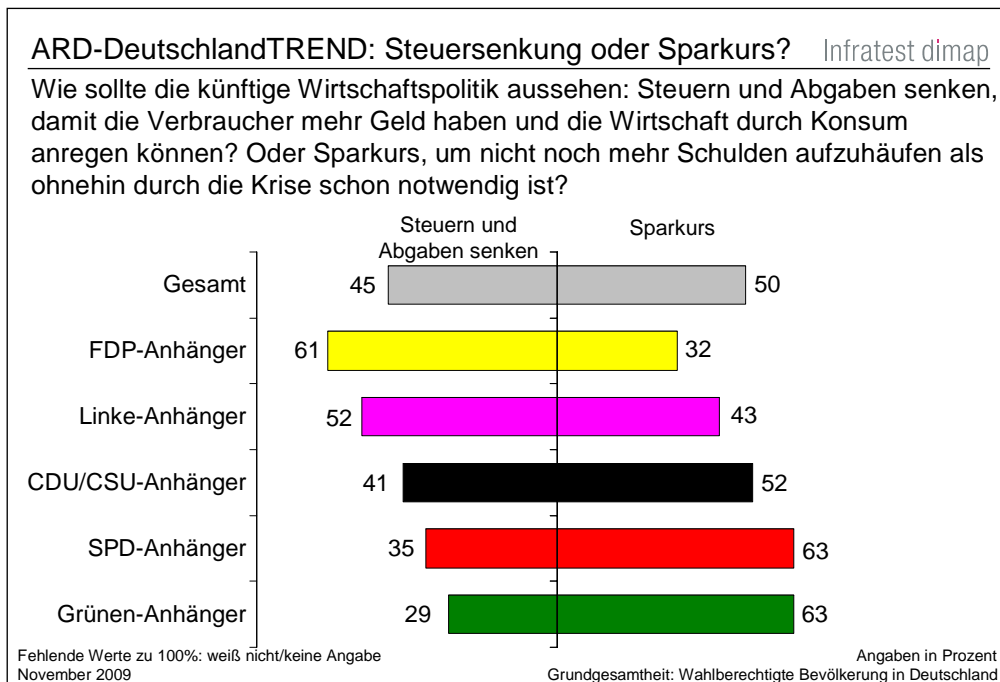
Aus Sicht der Bürger konnte die FDP dem Koalitionspapier recht deutlich ihren Stempel aufdrücken: 37 Prozent der Wahlberechtigten sind der Meinung, dass sich die Liberalen in den Koalitionsverhandlungen am meisten durchgesetzt haben. Für 39 Prozent ist die nach ihrem Stimmenanteil nahezu doppelt so große CDU die Siegerin am Verhandlungstisch der Koalitionäre. Nur 4 Prozent meinen, die bayerische CSU habe in den Besprechungen die dominierende Rolle gespielt.



Während sich das Urteil in Reihen der Koalitionsanhänger nur wenig unterscheidet, hat sich aus Sicht der Grünen- (55:40 Prozent) und der Linkspartei-Anhänger (49:30 Prozent) die Union in den Verhandlungen stärker durchgesetzt als die FDP. Aus der Perspektive der SPD-Anhänger dominierten dagegen eher die Liberalen (44:47 Prozent).

Ausrichtung der Wirtschaftspolitik spaltet die Bevölkerung

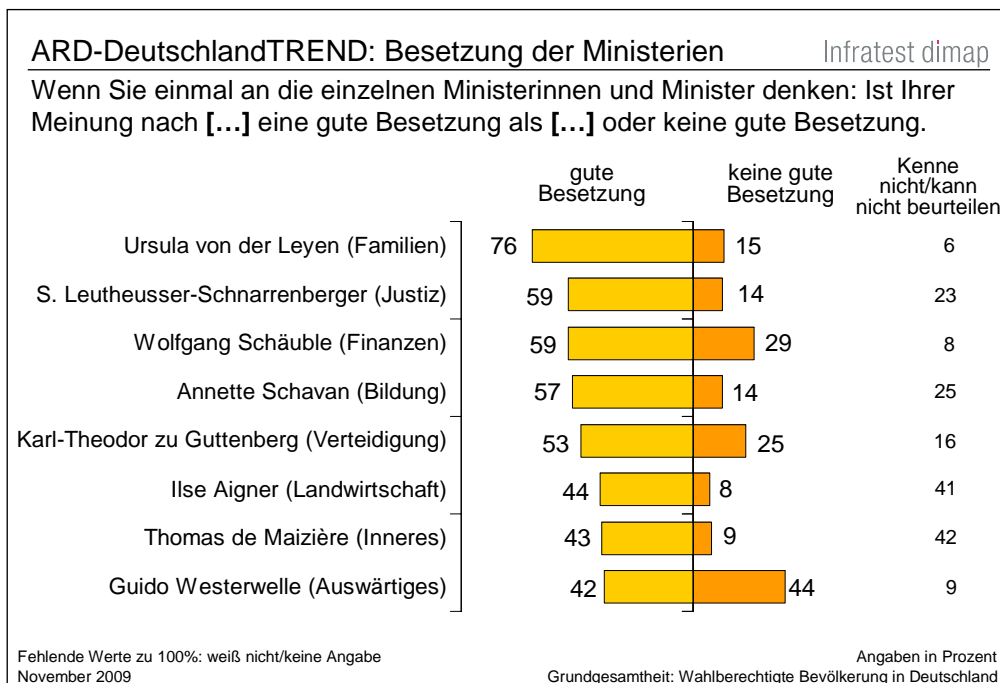
Im Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung eine steuerliche Entlastung der Bürger um 24 Milliarden Euro versprochen. Gleichzeitig hat sie aber auch festgehalten, dass nur eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dem Staat die Spielräume gibt, um politisch zu gestalten und die Bürger zu entlasten. Wie beides von der Bundesregierung in Einklang gebracht werden kann, erscheint derzeit noch ungeklärt. Auch den Bürgern fällt die Prioritätensetzung zwischen Steuersenkungen und einer Haushaltskonsolidierung schwer: Jeder Zweite (50 Prozent) plädiert für einen Sparkurs, um nicht noch mehr Schulden aufzuhäufen als ohnehin durch die Krise schon notwendig ist. Fast genauso viele plädieren jedoch für die Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast, damit die Nachfrageseite belebt werden kann (45 Prozent).



Am deutlichsten für Steuersenkungen votieren die Anhänger der Liberalen (61:32 Prozent). Auch die Linke-Anhänger sind mehrheitlich dieser Meinung (52:43 Prozent). Anders in Reihen der Regierungsparteien CDU/CSU, von denen 52 Prozent einen Sparkurs befürworten (41 Prozent Steuersenkungen). Noch deutlicher für einen Vorrang der Sanierung der öffentlichen Haushalte sprechen sich die Anhänger der SPD (35:63 Prozent) sowie der Grünen (29:63 Prozent) aus.

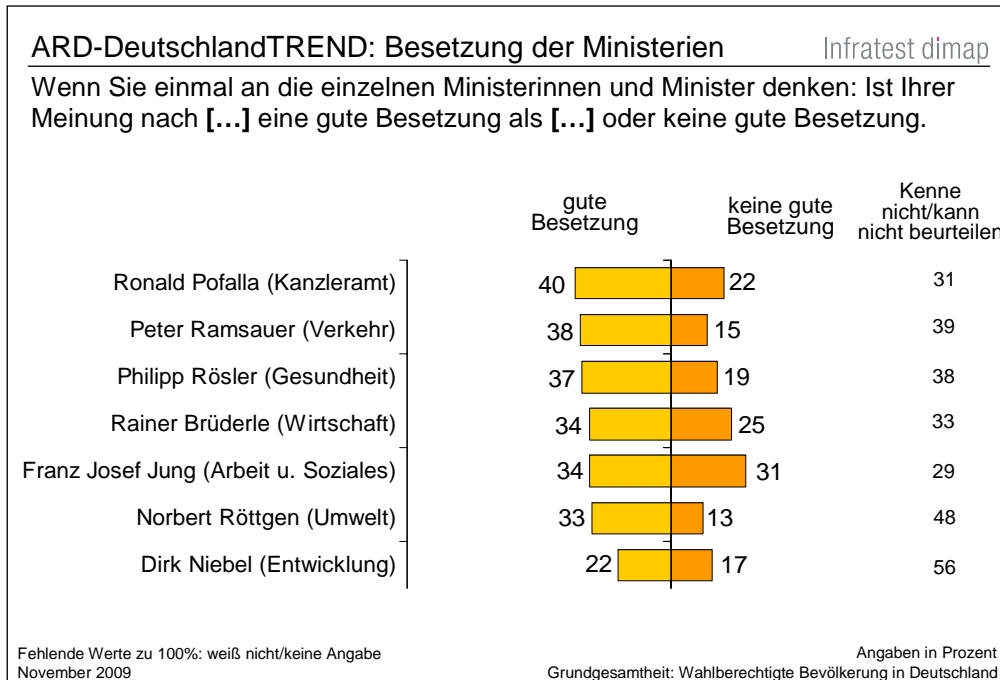
Fast durchweg Zustimmung zum neuen Bundeskabinett

In der letzten Woche sind die Ministerinnen und Minister der neuen Bundesregierung in ihr Amt eingeführt worden. Mit einer Ausnahme erhalten alle Ressortchefs von der Bevölkerung überwiegend Vorschußlorbeeren, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die mit Abstand meiste Zustimmung erfährt Ursula von der Leyen. Drei von vier Bürgern (76 Prozent) sind der Meinung, dass sie für das Amt der Familienministerin eine gute Besetzung ist. Platz zwei nimmt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ein, in der 59 Prozent die richtige Chefin für das Justizministerium sehen, das sie bereits in den 90er Jahren leitete. Genauso viel Zustimmung findet der bisherige Innenminister Wolfgang Schäuble, den allerdings 29 Prozent als Finanzminister eher für eine Fehlbesetzung halten.



Annette Schavan halten 57 Prozent für eine gute Bildungsministerin und 53 Prozent äußern die Ansicht, Karl-Theodor zu Guttenberg werde das Amt des Verteidigungsministers gut ausfüllen. In der im Falle Guttenbergs überraschend hohe Skepsis dürfte sich vielfach Bedauern ausdrücken, dass er das Amt des Wirtschaftsministers dafür aufgeben musste.

Ilse Aigner als Landwirtschafts- und Verbraucherministerin halten 44 Prozent für eine gute Wahl. 41 Prozent sehen sich indes nicht in der Lage, ein Urteil über sie abzugeben. Praktisch gleiche Werte werden für Thomas de Maizière als Innenminister gemessen (43 Prozent), auch ihn kennen 42 Prozent nicht oder nicht gut genug. Sehr kontrovers wird die Besetzung des Außenministers eingeschätzt. Guido Westerwelle ist sogar der Einzige, bei dem die Skepsis leicht überwiegt: Nach Meinung von 42 Prozent wird er einen guten Chefdiplomaten abgeben, 44 Prozent glauben hingegen, er sei für dieses Amt eher nicht geeignet.



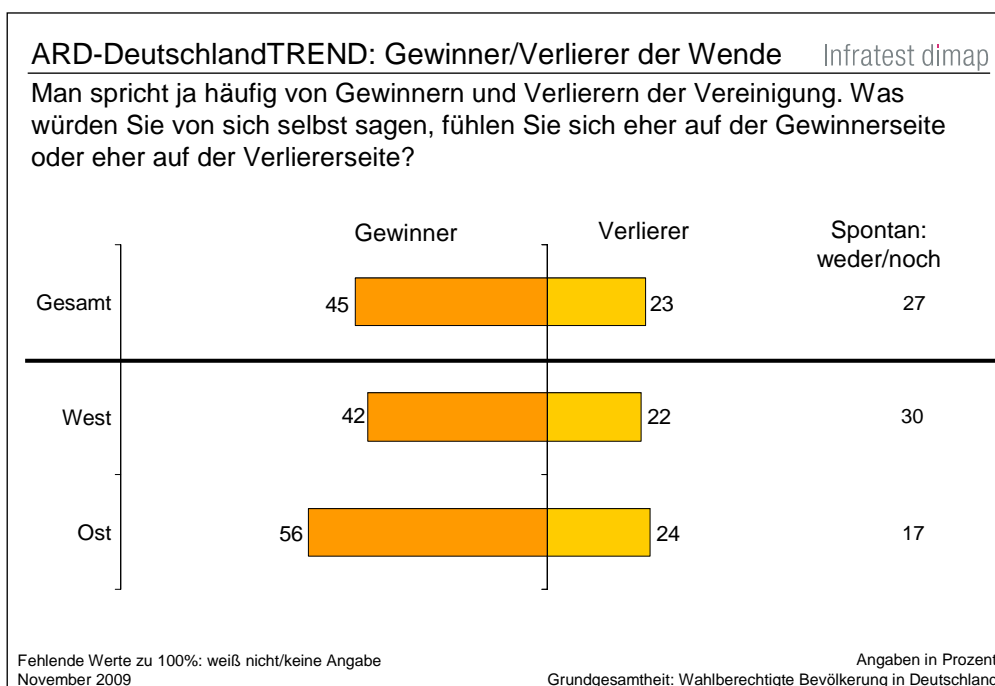
Vier von zehn Bürgern halten Ronald Pofalla für eine gute Wahl (40 Prozent) als Chef des Bundeskanzleramts. Trotz seiner langjährigen Tätigkeit als Generalsekretär der CDU trauen sich bei ihm drei von zehn kein Urteil zu. CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer vermögen sogar 39 Prozent nicht einzuschätzen. Von denen, die ihn kennen, sind indes überwiegend zustimmende Äußerungen zu hören (38 Prozent). Ähnliches gilt für den FDP-Politiker Philipp Rösler, von dem 37 Prozent glauben, er werde das Amt des Gesundheitsministers gut ausfüllen.

Mit Blick auf Rainer Brüderle als liberalen Wirtschaftsminister überwiegen die wohlwollenden Meinungen (34 Prozent). Franz Josef Jung als Arbeits- und Sozialminister halten nur 34 Prozent für eine gute Besetzung. Er ist das einzige Mitglied der schwarz-roten Regierung, bei dem deutliche Zweifel (31 Prozent) an seiner Eignung im neuen Kabinett bestehen.

Kaum bekannt sind der neue Umweltminister Norbert Röttgen und Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel, die 33 bzw. 22 Prozent für gute Ressortchefs halten.

20 Jahre Mauerfall: Mehrheit der Ostdeutschen sieht sich als Gewinner der Einheit

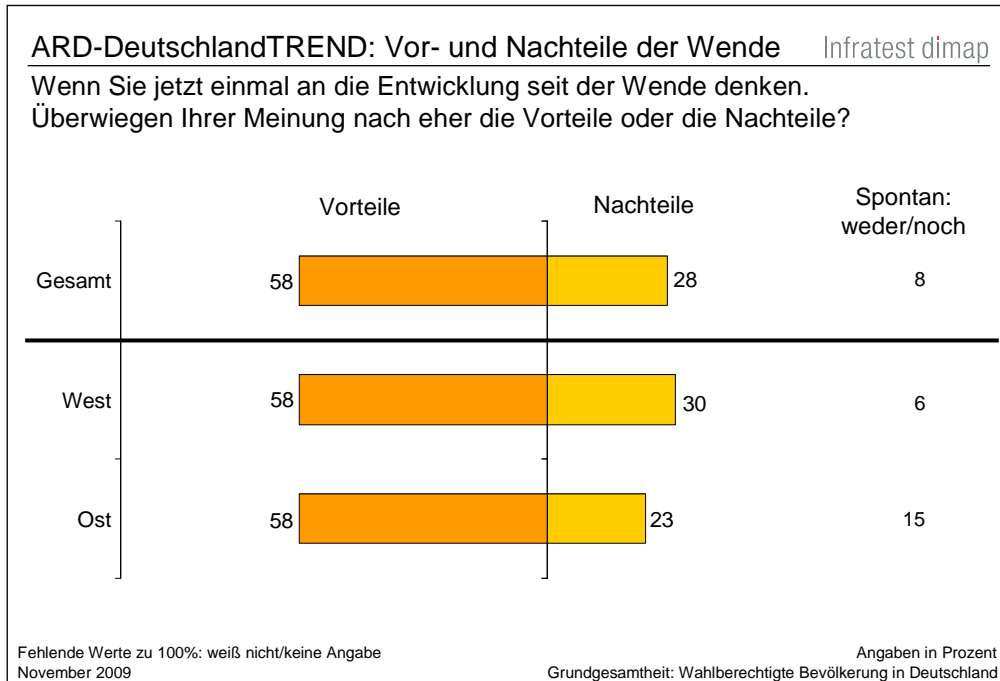
In wenigen Tagen wird der 20. Jahrestag des Mauerfalls begangen. Manche Hoffnungen, die seinerzeit mit der anschließenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstanden sind, mögen sich nicht erfüllt haben. Dennoch sieht sich fast jeder zweite Deutsche (45 Prozent) eher auf der Gewinnerseite. Knapp jeder Vierte (23 Prozent) glaubt hingegen, zu den Verlierern der Einheit zu gehören, hierunter vor allem Arbeitslose (55 Prozent) und Bezieher niedriger Einkommen (40 Prozent). Nach Einschätzung von 27 Prozent hat sich an ihrer persönlichen Situation nichts Wesentliches geändert.



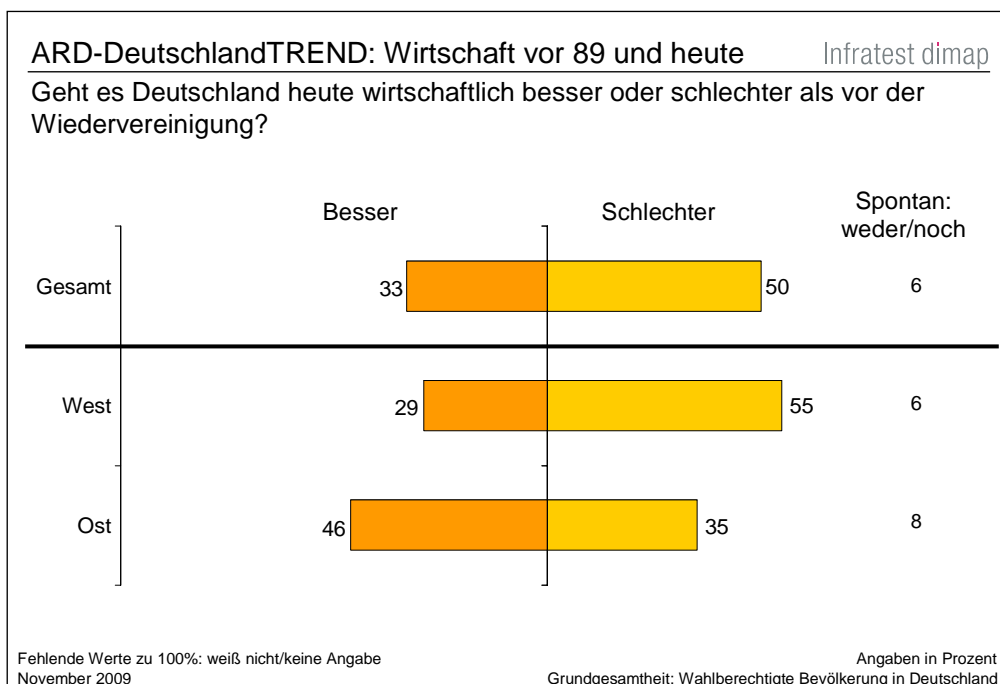
Die Bürger in den neuen Ländern glauben dabei häufiger als die Westdeutschen (56 zu 42 Prozent), zu denen zu gehören, die von der Einheit profitiert haben. Noch stärker fällt die Einschätzung, zu den Gewinnern zu gehören, bei denjenigen aus, die nach 1989 von Ost nach West umgezogen sind (71 Prozent). Der Anteil derer, die sich eindeutig auf der Verliererseite sehen, ist in Ost und West annähernd gleich hoch. Im Westen ist der Anteil derer signifikant höher, für die sich nach eigenen Angaben nichts geändert hat.

Auch schon zum zehnten Jahrestag gab es nach eigener Einschätzung mehr Gewinner als Verlierer. Verstärkt hat sich in beiden Landesteilen das Lager der Gewinner: im Westen mit 5 Punkten genauso wie im Osten mit einem Plus von 3 Punkten.

Die Entwicklung seit der Wende hat der Bundesrepublik alles in allem mehr Vorteile als Nachteile gebracht, so lautet die Überzeugung von 58 Prozent der Bundesbürger, und zwar sowohl in den alten wie in den neuen Ländern.

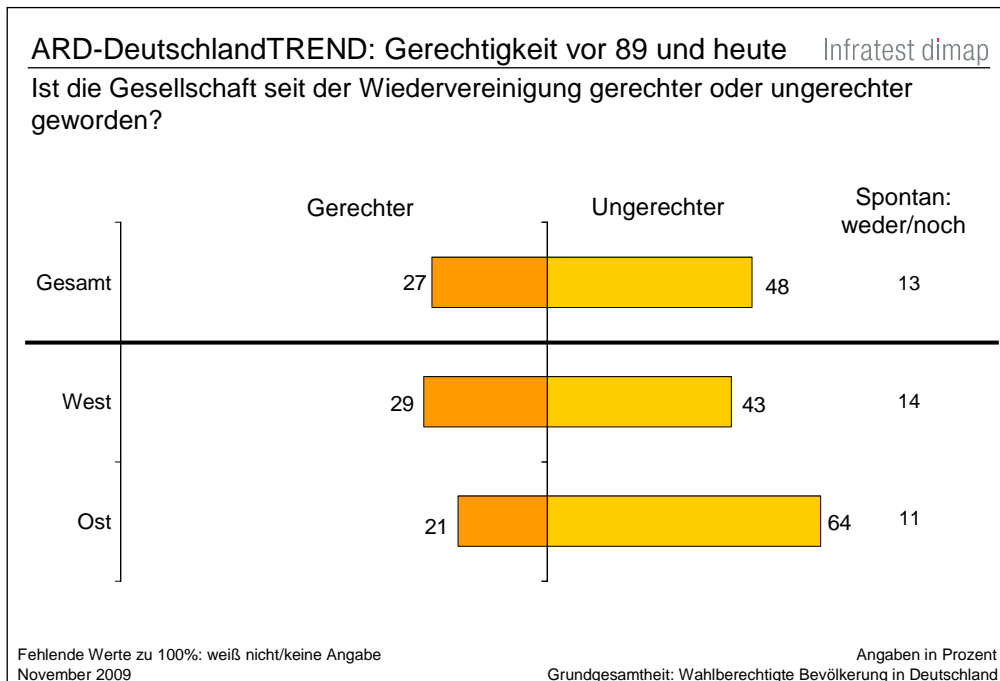


Dazu gehört allerdings nicht die wirtschaftliche Lage des Landes, die sich nach Einschätzung der Hälfte der Bevölkerung eher verschlechtert hat. Jeder Dritte glaubt hingegen, Deutschland stehe heute ökonomisch besser da als vor der Vereinigung.



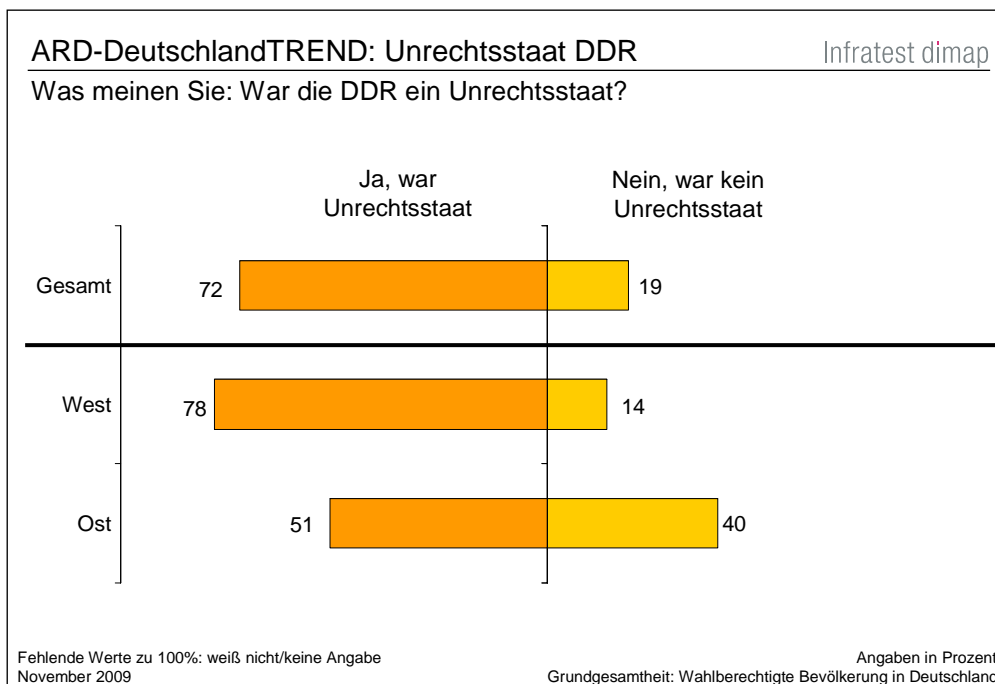
An dieser Stelle fallen die Perspektiven der Bürger in den beiden Teilen des Landes allerdings deutlich auseinander. Während im Westen 55 Prozent eine schlechtere wirtschaftliche Lage konstatieren, behalten im Osten die positiven Einschätzungen mit 46 Prozent die Oberhand gegenüber den pessimistischen Urteilen, die von 35 Prozent zu hören sind.

Zu den negativen Seiten der Entwicklung seit 1990 gehört nach Ansicht von 48 Prozent der Bürger auch eine zunehmende Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Lediglich ein gutes Viertel (27 Prozent) erkennt heute eine stärkere gesellschaftliche Ausgewogenheit als vor zwanzig Jahren. Dabei wird eine soziale Schieflage in den neuen Ländern mit 64 Prozent weit stärker beklagt als im Westen (43 Prozent).



20 Jahre Mauerfall: Nur jeder zweite Ostdeutsche sieht DDR als „Unrechtsstaat“

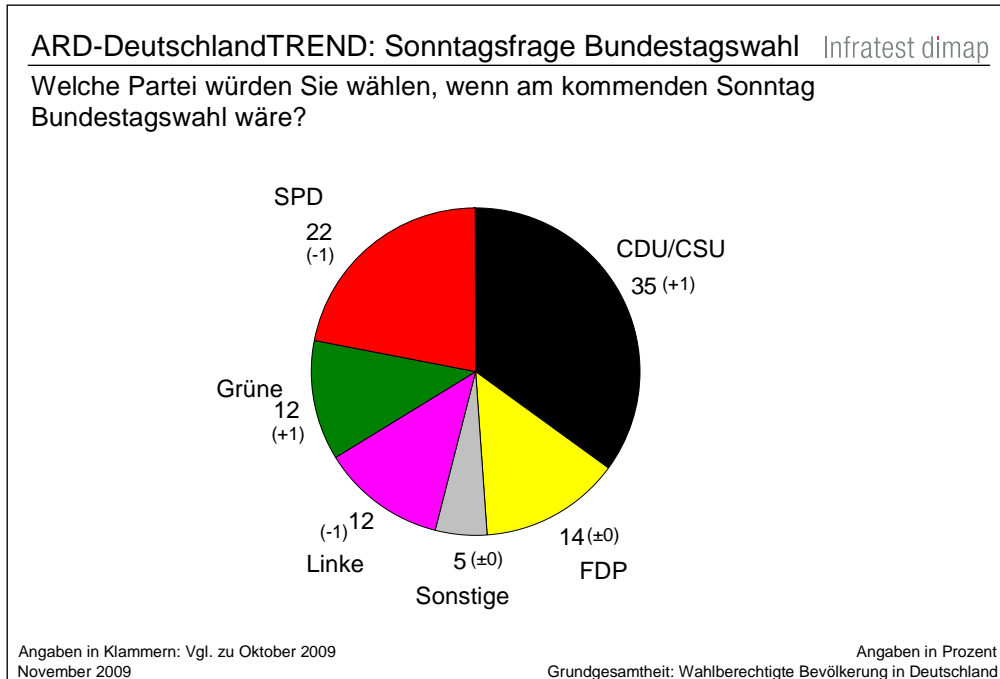
In der Öffentlichkeit werden immer wieder Diskussionen darüber geführt, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Für 72 Prozent aller Bundesbürger kann kein Zweifel daran bestehen, dass es sich bei der DDR um einen Staat gehandelt hat, in dem Menschen- und Bürgerrechte wenig oder gar nichts gegolten haben. Die Menschen im Osten urteilen hier allerdings deutlich anders als die im Westen. In den alten Bundesländern halten 78 Prozent die DDR im Rückblick für einen Unrechtsstaat, in den neuen hingegen nur 51 Prozent.



Die Ostdeutschen, die nach der politischen Wende in die alten Bundesländer umgezogen sind, bewerten die DDR rückblickend kritischer: 58 Prozent in dieser Gruppe halten die Beschreibung „Unrechtsstaat“ für zutreffend.

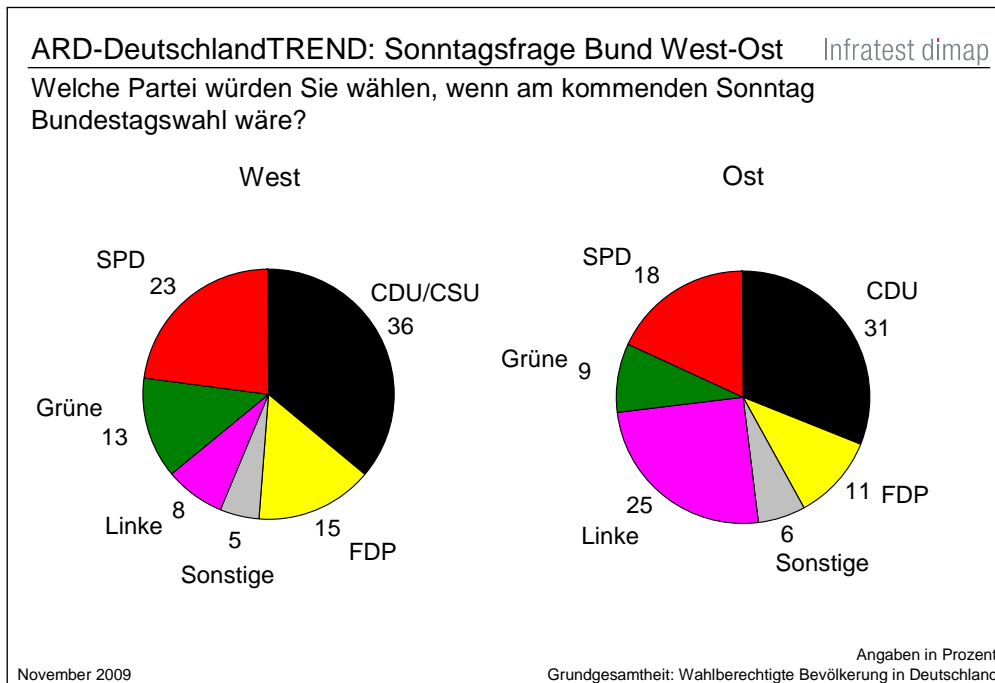
Sonntagsfrage: Union mit leichtem Plus, SPD mit leichtem Minus

Eine Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt würde folgendes Ergebnis bringen: Die Union könnte aktuell mit 35 Prozent rechnen, ein Plus von 1 Punkt im Vergleich zum Oktober-DeutschlandTREND. Die SPD käme auf 22 Prozent (-1) der Stimmen. Die FDP würde 14 Prozent (+/-0), die Linke (-1) und die Grünen (+1) jeweils 12 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Stimmenanteil von 5 Prozent.



Im Vergleich zur Bundestagswahl am 27. September könnten sich Union und Grüne leicht verbessern, während der Rückhalt für SPD und FDP leicht zurückgeht.

In den **alten Bundesländern** käme die Union auf 36 Prozent, deutlich vor der SPD mit 23 Prozent der Stimmen. Drittstärkste Partei im Westen wäre die FDP (15 Prozent) vor den Grünen (13 Prozent) und der Linken (8 Prozent).



In den **neuen Bundesländern** würde die Union einen Stimmenanteil von 31 Prozent erreichen. Platz zwei belegt die Linke (25 Prozent) deutlich vor der SPD mit 18 Prozent. Die FDP (11 Prozent) kann sich auch im Osten des Landes vor den Grünen (9 Prozent) platzieren.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.